

Konsumgüter-Erzeuger Unilever sieht Armut nach Europa zurückkehren und reduziert Produktgröße

# Kleine Packung, großer Preis?

**Von Alexander Dworzak**

■ Spar Österreich kritisiert „negativen Zugang“ von Unilever.

**Berlin/Wien.** „Die Armut kehrt nach Europa zurück.“ Mit drastischen Worten kommentiert der Europa-Chef des Konsumgüter-Herstellers Unilever, Jan Zijderveld, die anhaltende Krise. Spar-pakete und Massenarbeitslosigkeit sorgen für leere Geldbörsen bei den Konsumenten und Verstimmung im Handel, insbesondere auf der Iberischen Halbinsel sowie in Griechenland. Kleinere Packungen zu kleineren Preisen anzubieten, lautet nun die Lösung des Konzerns, der Produkte von der Margarine über Fertiggerichte bis zu Waschmittel im Sortiment hat.

Es ist eine neue Verkaufsstrategie, die Unilever umsetzt: Wachstum in Europas gesättigten Märkten nicht nur über teure Bio-Linien und Premiumprodukte zu erzielen. Dieser Weg könnte durchaus Erfolg haben, analysiert Bernadette Kamleitner, Professorin an der Wirtschaftsuniversität Wien, im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“. Zwei Kriterien seien laut der Forscherin beim Einkauf für Konsumenten entscheidend: „Sie denken sowohl an das Gesamtbudget, das ihnen zur Verfügung steht, als auch an das Preis-, Leistungsverhältnis der Produkte.“ Werden Personen ärmer, verringere sich der Planungszeitraum ihrer Einkäufe: „Die Konsumenten denken nicht mehr von Monat zu Monat, sondern überlegen im Wochenrhythmus, welche Lebensmittel und Güter benötigt werden.“

Wer also knapp bei Kasse ist, greift eher nicht auf teure – aber notwendige – Produkte wie Waschmittel zurück. „Wenn ein

Spanier nur noch durchschnittlich 17 Euro pro Einkauf ausgibt, dann kann ich ihm kein Waschmittel für die Hälfte seines Budgets verkaufen“, schlussfolgert Zijderveld im Interview mit der „Financial Times Deutschland“. Stattdessen bietet der Konzern nun in Spanien das Waschpulver in Packungen an, die für lediglich fünf Waschgänge reichen. In Griechenland verkauft Unilever Kartoffelpüree und Mayonnaise in Kleinpackungen.

## Hoher Ressourcenbedarf

Bei Konsumentenschützern schrillen darob – und der Gefahr möglicher versteckter Preiserhöhungen – regelmäßig die Alarmglocken. In der Vergangenheit nutzten Hersteller eine Änderung der Packungsgröße immer wieder, um den Preis zwar beizubehalten, aber den Inhalt zu verringern. Mit kleineren Verpackungsgrößen gehe ein höherer Materialbedarf bei der Erzeugung einher, gibt Franz Floss, Geschäftsführer des Vereins für Konsumenteninformation (VKI), zu bedenken. Ein anderes Ärgernis für die Konsumentenschützer sind Lebensmittelverpackungen, die mehr Schein als Sein darstellen: So stellte die Arbeiterkammer (AK) Wien in einem Test im vergangenen August fest, dass bei 35 untersuchten Produkten ganze 33 Stück zu mindestens einem Drittel leer waren. „Die Konsumenten zahlen drauf, wenn sie glauben, das Packerl ist voll“, lautete die ernüchterte Bilanz der AK damals.

Doch auch VKI-Geschäftsführer Floss kann der Idee nach geringe-



Vom Regal in den Einkaufswagen sollen die Produkte dank geschrumpfter Verpackungen landen. Foto: dapd

ren Packungsgrößen Vorteile abgewinnen. Man solle diese endlich den Haushaltsgrößen anpassen. Auch „Nimm zwei, zahl eins“-Aktionen seien bei vielen Single-Haushalten nicht notwendig. Beim Handelsriesen Spar beobachtet man den demografischen Wandel ebenfalls und sieht insbesondere ältere Menschen von kleinen Mengen profitieren.

Unzufrieden sind die Salzburger laut ihrer Sprecherin mit dem „negativen Zugang“, den Unile-

ver-Boss Zijderveld wählt. Denn der Niederländer stellte der europäischen Krise den Konzern-Erfolg in Schwellenländern gegenüber: „In Indonesien verkaufen wir Einzelverpackungen Shampoo für zwei bis drei Cent und verdienen trotzdem ordentliches Geld“. Bei Spar hingegen betont man gegenüber der „Wiener Zeitung“ den großen Wert, den österreichische Kunden auf Qualität und Regionalität legen. Auch Franz Floss kritisiert den Vergleich mit ande-

ren Weltregionen und verweist darauf, dass die Preise dem jeweiligen Lebensstandard angepasst sind.

Sollte Unilevers neue Verkaufsstrategie nicht aufgehen, kann der Konzern auf seinen Finanzpolster bauen: In Westeuropa erwirtschaftete der Multi 2011 mit über zwölf Milliarden Euro Umsatz gut ein Viertel aller seiner Erlöse. Zudem ist die dortige Gewinnmarge von 17 Prozent die konzernweit höchste. ■

## Frankreichs Polizei räumt erneut ein Roma-Lager



**Trotz anhaltender Ermahnungen** durch die EU-Kommission ließ Frankreichs sozialistische Regierung erneut ein Roma-Lager räumen. Bepackt mit Koffern, Plastiktüten und Akkordeons verließen rund 70 Roma, darunter auch kleine Kinder, am Montagmorgen unter Polizeiaufsicht ihre Unterkünfte in Evry, südlich von Paris. Innenminister Manuel Valls verteidigte das umstrittene Vorgehen mit den „untragbaren“ sanitären Zuständen, die in dem Lager geherrscht hätten – und stellte im Sender Europe 1 auch gleich klar, dass das nicht die letzte Räumung war. Kritiker werfen Hollande vor, entgegen seinen Versprechungen genauso unsensibel mit der Minderheit umzugehen wie sein Vorgänger Nicolas Sarkozy. Die EU-Kommission hatte Paris deshalb Anfang August unter Beobachtung gestellt. Foto: reuters

## Deutsche Schlagstöcke für Lukaschenko?

■ „Bild“: Polizeiausrüstung nach Minsk geliefert – Regierung dementiert.

**Berlin.** (leg) Deutsche Politiker legen sich gern ins Zeug, wenn es um die Einforderung von Menschenrechtsstandards geht – auch im Fall Weißrusslands: Präsident Alexander Lukaschenko lieferte sich schon so manchen Streit mit Außenminister Guido Westerwelle oder CDU-Kanzleramtsminister Ronald Pofalla. Deutschland, so Lukaschenko, habe gemeinsam mit Polen den geplanten „Putsch“ seiner Gegner Ende 2010 – also die Proteste nach der Präsidentenwahl – mit organisiert.

Doch offenbar war das Verhältnis der deutschen Regierung zum offiziellen Weißrussland nicht immer so schlecht, wie es den Anschein hat. Letzte Woche war ans Licht gekommen, dass weißrussische Sicherheitskräfte im Rahmen einer Polizeikooperation zwischen 2008 und 2011 in Deutschland geschult wurden – unter anderem darin, wie man Demonstrationen auflöst und Rädelsführer

gezielt festnimmt. Und am Montag legte die „Bild“-Zeitung nach: Die deutsche Polizei habe Lukaschenkos Milizen auch Digitalkameras, Diktiergeräte und Laptops geliefert. Vor allem aber: Das Inneministerium soll „mindestens eine Hundertschaft der weißrussischen Polizei mit kompletten Körperschutzausstattungen ausgestattet“ haben – darunter auch mit Schlagstöcken.

Die Regierung in Berlin wies letzteres zurück, bestätigte aber die Lieferung der technischen Geräte. Die Zusammenarbeit im Polizeibereich – weißrussische Milizäre waren sogar beim Polizeieinsatz anlässlich des Castor-Transports im November 2010 dabei – habe 2008 begonnen, als das Land Bereitschaft zeigte, sich zu öffnen. Nach dem Eklat bei den Wahlen 2010 habe man nur noch bis 2011 bestehende Kooperationsvorhaben „abgearbeitet“, hieß es im Innenministerium. ■

## Anwälte von Pussy Riot legen Berufung gegen Urteil ein

**Moskau.** Im Verfahren gegen die russische Punkband Pussy Riot hat die Verteidigung Berufung gegen die Urteile eingelegt. „Wir konnten erst heute reagieren, nachdem wir den Richterspruch endlich schriftlich erhalten haben“, sagte Anwalt Nikolai Polisow am Montag in Moskau vor Journalisten. Die Musikerinnen Nadeschda Tolokonnikowa, Maria Alechina und Jekaterina Samurowitsch waren vor gut einer Woche wegen „Rowdyums“ und „Anstiftung zu religiösem Hass“ zu jeweils zwei Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Anlass war ein Auftritt in einer Moskauer Kirche, an dem neben den drei Frauen zwei weitere Bandmitglieder teilgenommen hatten.

Da nun auch gegen sie Ermittlungen eingeleitet wurden, haben sich die beiden übrigen Musikerinnen nun ins Ausland abgesetzt, wie die Band am Sonntag bekannt gab. Sie seien „an einem sicheren Ort außerhalb der Reichweite der russischen Polizei“, bestätigte der Ehemann einer der Verurteilten. In welchem Land verriet er nicht. ■